

Neues aus dem Bundeshaus = Nouvelles du Palais fédéral

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **65 (1974)**

Heft 25

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nachsatz des Verfassers

Der Gerechtigkeit halber muss festgehalten werden, dass die im Zeitpunkt der Erarbeitung dieses Artikels (Ende März 1974) gültigen Kabelpreise sich in «nivellierendem» Sinne verändert haben. Die Preise sehen gegenüber dem Stichtag 22. März 1974 am 30. Oktober 1974 wie folgt aus:

	Listenpreis Fr./m	Differenz Fr./m
4 × 150 mm ² Cu	71.16	—25.10 (Abschlag)
4 × 240 mm ² Al	47.25	+ 5.50 (Aufschlag)

Die Differenz von Cu zu Al beträgt also nur noch (oder immer noch) Fr. 23.91/m oder 51 %.

Max Dürsteler, Elektrizitätswerk der Stadt Aarau

Elektrizitätswerk des Kantons Thurgau

Der Verwaltungsrat des Elektrizitätswerkes des Kantons Thurgau hat in seiner Sitzung vom 30. Oktober 1974 folgende Beförderungen auf den 1. Januar 1975 vorgenommen:

- Herrn Hans Graf, Betriebsleiter, wurde die direkte Kollektivunterschrift erteilt.
- Die Herren Robert Steinemann, Vorsteher der Leitungsbauabteilung und Edwin Wanner, Vorsteher der Betriebsabteilung, wurden zu Prokuristen ernannt.
- Herrn Jakob Zingg, Buchhalter, wurde die Handlungsvollmacht erteilt.

S.A. l'Energie de l'Ouest-Suisse, Lausanne

Le Conseil d'administration de la S.A. l'Energie de l'Ouest-Suisse (EOS) a pris acte avec regret du départ, pour raison d'âge, à la date du 31 décembre 1974, de M. René Pilicier, président de la direction et directeur technique.

Il a décidé ce qui suit, avec effet au 1^{er} janvier 1975:

- M. Christophe Babaiantz, directeur administratif, est désigné en qualité de président de la direction.
- M. Jean Remondeulaz, actuellement directeur-adjoint, est promu directeur.
- M. Yves de Haller, actuellement sous-directeur, est promu directeur-adjoint.

Aucune modification n'est apportée à l'organisation de la direction, laquelle reste collégiale. Toutefois, les spécifications attachées au titre de directeur (technique, commercial, administratif) sont supprimées.

Par ailleurs, M. Michel Blandin, actuellement mandataire commercial, a été promu fondé de procuration, et M. Martin de Techtermann a été promu mandataire commercial.

Tarifierhöhung bei den Bernischen Kraftwerken (BKW)

Der Verwaltungsrat der BKW hat beschlossen, auf 1. April 1975 eine allgemeine Erhöhung der Tarife für die Lieferung elektrischer Energie von durchschnittlich 15 % vorzunehmen.

Jahrzehntelang war es den BKW dank einer zunehmend verbesserten Ausnützung der Produktions- und Verteilanlagen möglich, stabile Energiepreise anzuwenden. Sie mussten die Tarife allgemein erst vom Jahre 1965 an etappenweise den stark gestiegenen Unkosten anpassen, damit die Voraussetzungen für die notwendigen Abschreibungen und die Vornahme von Neuinvestitionen bei den Produktions- und Verteilanlagen sichergestellt blieben. Die zunehmende Teuerung, die grosse Erhöhung der Zinse für Fremdkapital und der starke, in Zusammenhang mit der Ölkrise stehende Preisanstieg der importierten ölthermisch erzeugten Energie zwingen die BKW, erneut eine Tarifierhöhung vorzunehmen.

Gleichzeitig mit der Tarifierhöhung werden die BKW die Struktur der Einheitstarife für Haushalt, Landwirtschaft und Kleingewerbe auf eine neue Grundlage stellen. Der bisherige Abonnementspreis, der abhängig ist von der Anzahl und Grösse der Wohn-, Gewerberäume und Ställe sowie der angeschlossenen Motorenleistungen, wird ersetzt durch einen für alle Abnehmer gleichen minimalen Grundpreis, der mit zunehmender Grösse des Konsums im Hochtarif stufenweise ansteigt. Für Landwirtschafts- und Gewerbeabnehmer mit grossem Tagesenergieverbrauch oder mit relativ grosser Leistungsbeanspruchung wird der bisherige Abonnementspreis durch einen Grundpreis, basierend auf der gemessenen Leistung, ersetzt werden.

Die BKW werden sich auch in Zukunft um eine Energieversorgung zu möglichst günstigen Bedingungen bemühen. Voraussetzung dazu sind jedoch kostendeckende Preise. Indessen darf festgehalten werden, dass trotz den vorgenommenen Aufschlägen der Preis für die elektrische Energie, gemessen am stark sinkenden Geldwert, in den letzten Jahren immer günstiger geworden ist.

Neues aus dem Bundeshaus – Nouvelles du Palais fédéral



Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung in der Herbstsession 1974

Interpellation von Ständerat Reimann über Kernkraftwerke

Bei den beiden geplanten Kernkraftwerken Leibstadt und Kaiseraugst muss nach den neuesten Berichten wegen den vorhandenen Engpässen beim Bewilligungsverfahren der eidg. Sicherheitsbehörden mit Verzögerungen bis zur Baufreigabe von 15 bis 21 Monaten gerechnet werden. Angesichts der drohenden Stromverknappung der kommenden Jahre sind die Folgen dieser Verzögerung heute noch kaum abzusehen.

Bei dieser Sachlage stelle ich an den Bundesrat folgende Fragen:

1. Welche personalmässigen und organisatorischen Massnahmen sind vorgesehen, um die gegenwärtigen Engpässe beim nuklearen Bewilligungsverfahren zu überbrücken, ohne das anerkannt hohe wissenschaftliche und technische Niveau der fraglichen Sicherheitsbehörden in Frage zu stellen?

Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale (Session d'automne 1974)

Interpellation du conseiller aux Etats Reimann sur les usines nucléaires

Selon les dernières nouvelles, la délivrance de l'autorisation de construire les deux centrales nucléaires projetées à Leibstadt et à Kaiseraugst sera probablement différée de quinze à vingt-et-un mois à cause de retards qui se sont produits dans la procédure d'autorisation devant les autorités fédérales dont relève la sécurité des installations nucléaires. Vu la menace de pénurie de courant au cours de ces prochaines années, les conséquences de ce retard sont encore imprévisibles.

Dans ces conditions, je demande au Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Quelles mesures envisage-t-on de prendre sur le plan du personnel et de l'organisation pour surmonter les difficultés ayant causé les retards mentionnés dans la procédure d'autorisation de construire les centrales nucléaires, sans mettre en ques-

2. Besteht heute eine Zusammenarbeit mit vergleichbaren ausländischen Sicherheitsbehörden, um bei der Beurteilung der Sicherheitsfragen von deren neuesten Erfahrungen und Erkenntnissen zu profitieren?

3. Könnten die Sicherheitsbehörden nicht auch geeignete Spezialisten der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft zur Verstärkung ihres Stabes im Sinne eines zeitlich beschränkten Einsatzes heranziehen?

Die Interpellation wird unterstützt von folgenden Ratsmitgliedern:

Honegger, Leu, Nänny, Ulrich, Urech.

Interpellation von Nationalrat Jaeger (St. Gallen) über die Energiepolitik

Der Bundesrat hat eine Kommission zur Erarbeitung einer schweizerischen Gesamtenergiekonzeption ernannt, ohne bekanntzugeben, welche Aufgaben diese Kommission zu bearbeiten hat. Andererseits stellt der Bundesrat eine Stromrationierung in Aussicht, belastet den Energieträger Erdöl und fördert zudem noch durch Äusserungen zu Teilproblemen der Energiepolitik die allgemeine Unsicherheit über die künftige Energieversorgung des Landes.

Der Bundesrat wird ersucht, folgende Fragen noch in der laufenden Session zu beantworten:

1. Nach welchen bundesrätlichen Richtlinien soll die Kommission zur Erarbeitung einer schweizerischen Gesamtenergiekonzeption arbeiten und wie lautet ihr konkreter Auftrag?

2. Nach welchen Kriterien hat der Bundesrat die Kommission personell – insbesondere in bezug auf ihren Präsidenten bestellt? Weshalb hat der Bundesrat auf eine paritätische Zusammensetzung (Konsumenten, Produzenten, Umweltschutz) verzichtet?

3. Wie erklärt der Bundesrat den Widerspruch zwischen der von ihm gegenüber Kernkraftwerken bisher eingenommenen Haltung einerseits und den neulich von bundesrätlicher Seite geäußerten Zweifeln an der Sicherheit von Atomkraftwerken andererseits?

4. Wie sieht der Bundesrat den Weg, um möglichst rasch zu einer zukunftsweisenden, ökologisch verantwortbaren sowie praktisch durchführbaren schweizerischen Energiepolitik zu kommen?

Die Interpellation wird unterstützt von folgenden Ratsmitgliedern:

Alder, Allgöwer, Bächtold (Bern), Biel, Ketterer, Kloter, König (Zürich), Salzmann, Staehelin, Suter, Widmer.

Postulat von Nationalrat Cavelti über die Landesversorgung. Gesamtkonzept

Die Schweiz hat als rohstoffarmes, hochindustrialisiertes und weltwirtschaftlich stark verflochtenes Land ein vitales Interesse an einer gesicherten Versorgung mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energieträgern.

Voraussetzung für eine gesicherte Landesversorgung ist der Bestand einer Gesamtkonzeption für die Beschaffung dieser lebenswichtigen Güter in Kriegs- und Friedenszeiten. Das Bundesgesetz über die wirtschaftliche Kriegsvorsorge trifft die erforderlichen Massnahmen in erster Linie lediglich für Kriegszeiten; die kürzlich in Auftrag gegebene Gesamtenergiekonzeption betrifft lediglich einen Teil der Landesversorgung. Eine umfassende und dynamische Konzeption für die generelle Versorgung der Schweiz mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energieträgern steht noch aus. Der Bundesrat wird daher eingeladen

1. dafür zu sorgen, dass die einzelnen Versorgungsbereiche unter Berücksichtigung der Grenzen des Wachstums zu einer Gesamtkonzeption zusammengefasst werden, wobei insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

– ob die künftige Versorgung der Schweiz mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energieträgern in Kriegs- und Friedenszeiten gewährleistet ist;

– ob und allenfalls wie die Versorgungssicherheit durch Strukturwandlungen in der schweizerischen Landwirtschaft und Industrie erhöht werden kann und soll.

tion le haut niveau que possèdent de l'avis général, dans le domaine scientifique et technique, les autorités compétentes en matière de sécurité?

2. A-t-on déjà établi une collaboration avec des services de sécurité comparables de l'étranger afin de bénéficier de leurs connaissances et expériences les plus récentes lors de l'appréciation des questions de sécurité?

3. Les autorités compétentes en matière de sécurité ne pourraient-elles pas engager temporairement des spécialistes qualifiés de l'industrie électrique suisse pour renforcer leurs états-majors?

La demande d'interpellation est appuyée par les députés suivants:

Honegger, Leu, Nänny, Ulrich, Urech.

Interpellation du conseiller national Jaeger (St-Gall) sur la politique énergétique

Le Conseil fédéral a nommé une commission pour élaborer une conception globale de l'énergie, sans avoir fait connaître quelles tâches cette commission doit assumer. D'autre part, il envisage un rationnement du courant électrique, impose les hydrocarbures, source d'énergie, et, plus encore, accroît l'incertitude générale sur la politique future en matière d'énergie par ses déclarations sur des aspects partiels de cette politique.

Le Conseil fédéral est invité à répondre, pendant la session actuelle encore, aux questions suivantes:

1. Selon quelles directives du Conseil fédéral la commission chargée d'élaborer, pour la Suisse, une conception globale de l'énergie doit-elle travailler? Quelle est la teneur exacte du mandat qu'elle a reçu?

2. Selon quels critères d'ordre personnel le Conseil fédéral a-t-il constitué la commission, notamment en ce qui concerne son président? Pourquoi a-t-il renoncé à une composition paritaire (consommateurs, producteurs, protection de l'environnement)?

3. Comment le Conseil fédéral explique-t-il la contradiction existant entre l'attitude qu'il a adoptée jusqu'ici à l'égard des centrales nucléaires et les doutes qu'un conseiller fédéral a exprimés récemment au sujet de la sécurité offerte par de telles centrales?

4. Par quelle voie le Conseil fédéral pense-t-il mettre le plus vite possible sur pied une politique suisse de l'énergie, qui prépare l'avenir, soit supportable du point de vue écologique et pratiquement réalisable?

La demande d'interpellation est appuyée par les députés suivants:

Alder, Allgöwer, Bächtold (Berne), Biel, Ketterer, Kloter, König (Zurich), Salzmann, Staehelin, Suter, Widmer.

Postulat du conseiller national Cavelti sur l'approvisionnement du pays. Définition d'une politique

Petit pays pauvre en matières premières, fortement industrialisé et dépendant étroitement de l'étranger dans le domaine de l'économie, la Suisse a un intérêt vital à ce que soit assuré son approvisionnement en denrées alimentaires, en matières premières et en sources d'énergie.

L'existence d'une conception générale concernant l'acquisition de ces biens vitaux en temps de paix comme en temps de guerre est la condition indispensable de notre sécurité en matière d'approvisionnement. La loi fédérale sur la préparation de la défense nationale économique prévoit avant tout les mesures nécessaires en temps de guerre. Quant à la conception globale de l'énergie qui vient d'être mise en chantier, elle n'englobe qu'une partie de l'approvisionnement du pays. Il nous manque encore une conception complète et dynamique de l'approvisionnement général de la Suisse en denrées alimentaires, matières premières et sources d'énergie. Le Conseil fédéral est donc invité:

1. A faire en sorte que tous les secteurs de l'approvisionnement soient groupés en une conception d'ensemble qui tienne compte des limites de la croissance; il s'agira de répondre en particulier aux questions suivantes:

– L'approvisionnement futur de la Suisse en denrées alimentaires, en matières premières et en sources d'énergie est-il assuré en temps de paix comme en temps de guerre?

2. die Zweckmässigkeit der Schaffung einer Stelle zu prüfen, die auf Grund zu erarbeitender Kriterien laufend die weltweite Entwicklung der Vorkommen, der Produktion und der geographischen Verteilung von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energieträgern verfolgt und einen jährlichen Bericht über die Versorgungssicherheit der Schweiz dem Parlament vorlegt.

Mitunterzeichner:

Bommer, Breitenmoser, Hagmann, Hürlimann, Kaufmann, Koller Arnold, Meier Josi, Müller (Luzern), Oehler, Röthlin, Rüttimann, Stadelmann, Stadler, Wyer, Ziegler (Solothurn).

**Postulat von Nationalrat Ziegler (Genf)
über radioaktive Abfälle. Transport und Lagerung**

Die radioaktiven Abfälle der Kernkraftwerke sind für die Bevölkerung eine grosse Gefahr, und zwar noch mehrere hundert Jahre nach ihrer Ablagerung.

Nach den neuesten Informationen können die radioaktiven Abfälle der schweizerischen Reaktoren nicht mehr in den Salinen der Bretagne gelagert werden. Die Ablagerung der schweizerischen Abfälle in der Nordsee ist fragwürdig geworden; pazifistische und ökologische Kreise Hollands versuchen, die Transporte durch Strassensperren zu verhindern.

Der Bundesrat denkt zurzeit an eine Lagerung der radioaktiven Abfälle in Höhlen der Alpen und des Juras.

In einem kleinen Land wie dem unsrigen, das keine zugänglichen unbewohnten Gegenden hat, stellt die Lagerung radioaktiver Abfälle – welche Lösung man auch wählt – fast unlösbare Probleme.

Bevor der Bundesrat die Lagerstellen in den geologischen Schichten der Alpen oder des Juras bestimmt, wird er ersucht:

1. das Verfahren des Versenkens der Abfälle in besondere unterirdische Lagerstätten zu prüfen, die in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten gebaut werden könnten;

2. zu prüfen, inwieweit der Bund die Behandlung der radioaktiven Abfälle selbst (durch die Schaffung eines besonderen Dienstes, der mit der Beförderung, der Überwachung und der Lagerung beauftragt ist) sicherstellen kann.

– Peut-on et doit-on accroître, par des changements dans les structures de l'agriculture et de l'industrie suisses, la sécurité de notre approvisionnement; le cas échéant, comment faut-il s'y prendre?

2. Le Conseil fédéral est en outre invité à examiner s'il est opportun de créer un service qui suivrait en permanence, sur la base de critères à établir, l'évolution mondiale dans le domaine des denrées alimentaires, des matières premières et des sources d'énergie, notamment en ce qui concerne l'existence ou la découverte de nouvelles ressources, leur production et leur répartition géographique. Ce service aurait à présenter au Parlement un rapport annuel sur la sécurité de notre approvisionnement.

Cosignataires:

Bommer, Breitenmoser, Hagmann, Hürlimann, Kaufmann, Koller Arnold, Meier Josi, Müller (Lucerne), Oehler, Röthlin, Rüttimann, Stadelmann, Stadler, Wyer, Ziegler (Soleure).

**Postulat du conseiller national Ziegler (Genève)
sur les déchets radioactifs. Transport et dépôt**

Les déchets radioactifs produits par les centrales nucléaires constituent un danger grave pour la population. Et ceci durant plusieurs centaines d'années après leur dépôt.

Selon les plus récentes informations, les déchets radioactifs des réacteurs suisses ne peuvent plus être déposés dans les salines de Bretagne. Le dépôt des déchets suisses en mer du nord est devenu problématique, des mouvements pacifistes et écologiques hollandais s'opposant par des barrages de rue à leur transport.

Le Conseil fédéral envisage maintenant le dépôt des déchets radioactifs dans des grottes des Alpes et du Jura.

Dans un petit pays comme le nôtre qui ne dispose point d'espaces désertiques accessibles, le dépôt de déchets radioactifs pose – quelle que soit la solution choisie – des problèmes presque insolubles.

Avant de désigner des lieux de dépôts dans des couches géologiques (Alpes ou Jura) le Conseil fédéral est invité à:

1. Examiner le système d'immersion des déchets dans des piscines spéciales construites en collaboration avec d'autres Etats européens.

2. Examiner dans quelle mesure la Confédération pourra elle-même (par la création d'un service spécial, chargé du transport, de la surveillance et du dépôt) assurer le traitement des déchets radioactifs.

**Bericht der Eidgenössischen Kühlturmkommission
über die Auswirkungen des Kühlturms des geplanten Kernkraft-
werkes Rütli auf die Umwelt**

Das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement hat den Bericht der Eidgenössischen Kühlturmkommission über die Auswirkungen des Kühlturms des geplanten Kernkraftwerkes Rütli auf die Umwelt am 15. November 1974 veröffentlicht.

Das geplante Kernkraftwerk wird ca. 1920 MW_{th} als Abwärme durch einen einzigen Kühlturm an die Atmosphäre abgeben. Die Kenndaten des Kühlturms sind folgende (aufgrund von Richtofferten von Kernkraftwerklieferanten):

Kühlturmdurchmesser	Basis 127 m (maximal) Austritt 84 m (maximal)
Kühlturmhöhe	150 m (maximal)
Wasserdurchsatz	33,5–34,5 m ³ /s
Wasserverdunstung	ca. 0,55 m ³ /s

Die von der Eidgenössischen Kühlturmkommission veranlassenen Untersuchungen haben ergeben, dass die Forderungen der Lärmbekämpfung, der Wasserwirtschaft und des Gewässerschutzes ohne wesentliche technische Schwierigkeiten erfüllt werden können. Die meteorologischen Auswirkungen erweisen sich als sehr gering und beschränken sich auf die unmittelbare Kraftwerkumgebung. So könnten die von der Kommission aufgestellten strengen Grenzrichtwerte für die Beeinflussung der Besonnung durch die Dampfschwaden höchstens für einige Häuser am Ostfuss des Blattenberges erreicht werden. Die Beeinflussung der Luftfeuchtigkeit am Boden ist gänzlich vernachlässigbar, so dass nicht mit der Bildung von künstlichem Nebel als Folge des Kühl-

turbetriebes gerechnet werden muss. Die Temperaturänderungen am Boden liegen unter 0,1 °C und sind deshalb praktisch nicht erfassbar. Der Jahresdurchschnitt der zu erwartenden zusätzlichen Niederschlagsmenge wegen des Kühlturms macht höchstens wenige Prozent der natürlichen Niederschlagsmenge aus, wobei praktisch in allen Fällen die künstlichen Niederschläge aus dem Dampfschwaden gleichzeitig mit natürlichen Niederschlägen (Regen, Schnee) oder mit Nieselregen (nässendem Nebel) auftreten, so dass nicht mit zusätzlichen Regenperioden gerechnet werden muss.

Eisbildung am Boden in der Talsohle dürfte nur im Zusammenhang mit einer natürlichen Eisbildung auftreten und örtlich stark begrenzt sein.

Die Voraussetzungen für eine zusätzliche Eisbildung an Nadelbäumen in Hanglagen sind selten, und das Risiko grösserer, durch den Kühlturmschwaden verursachter Schäden an den Waldbeständen ist nur als gering zu betrachten.

Wechselwirkungen mit heute bekannten Abgasfahnen (einschliesslich derjenigen der im Bau befindlichen Heizöl-Destillationsanlage Sennwald) sind nicht zu befürchten, und andere Auswirkungen des Kühlturbetriebes, wie Kontamination der Luft mit Bakterien und Ausstoss von Salzen, können keine nennenswerten Einflüsse ausüben.

Die Eidgenössische Kühlturmkommission kam deshalb zum Schluss, dass unter den vorerwähnten Gesichtspunkten keine Gründe bestehen, welche eine Ablehnung des Kühlturms des betreffenden Projektes erfordern würden, sofern die vorgesehenen Massnahmen zur Minimalisierung der Auswirkungen getroffen werden.